

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	V	
Abkürzungsverzeichnis	XX	
	Rdnm.	
I.	Allgemeine Vorbemerkungen	
1.	Die Außenprüfung als Teil des Besteuerungsverfahrens	1–8
2.	Abgrenzung des Außenprüfungsverfahrens von anderen Ermittlungsverfahren	9–13
3.	Anwendbarkeit der allgemeinen Verfahrensvorschriften	14
4.	Die Betriebsprüfung als Teil der Außenprüfung	15–22
5.	Zweck der Betriebsprüfung	23–24
II.	Rechtsfolgen der Betriebsprüfung	
1.	Allgemeines	25
2.	An den Beginn einer Betriebsprüfung geknüpfte Rechtsfolgen	26–27
a)	Hemmung der Verjährung	26
b)	Ausschluß strafbefreiender Selbstanzeige	27
3.	Rechtsfolgen der Hinausschiebung des Beginns einer Betriebsprüfung	28–29
4.	Rechtsfolgen einer abgeschlossenen Betriebsprüfung	30–41
a)	Unzulässigkeit des Nachprüfungsvorbehalts	30–31
b)	Aufhebung des Nachprüfungsvorbehalts	32–34
c)	Änderungssperre nach § 173 Abs. 2 AO	35–38
d)	Antrag auf verbindliche Zusage	39
e)	Wiederaufleben der Möglichkeit einer strafbefreienden Selbstanzeige	40–41
III.	Die Zuständigkeit zur Durchführung von Außenprüfungen	
1.	Allgemeines	42
2.	Die für die Besteuerung zuständige Finanzbehörde	43–59
a)	Sachliche Zuständigkeit	43–52
b)	Die örtliche Zuständigkeit	53–54
3.	Zuständigkeit kraft Auftrags	55–59
4.	Zuständigkeit kraft Ersuchens	60

	Rdnrn.
IV. Allgemeine Zulässigkeit von Betriebsprüfungen	
1. Allgemeines	61–62
2. Die Vorschrift des § 193 Abs. 1 AO	63–66
3. Die Vorschrift des § 193 Abs. 2 Nr. 2 AO	67–74
4. Keine weiteren Zulässigkeitsvoraussetzungen	75–84
V. Auswahlmessen	
1. Allgemeines	85–86
2. Grenzen des Auswahlmessens	87–88
3. Ermessensausübung innerhalb der gesetzlichen Grenzen	89–95
a) Allgemeines	89
b) Anordnung einer Betriebsprüfung bei Großbetrieben	90
c) Anordnung einer Betriebsprüfung bei Mittel-, Klein- und Kleinstbetrieben	91–95
aa) Ermessensbindung durch § 4 BpO	91
bb) Sinn und Zweck der Vorschriften des § 193 AO	92
cc) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	93–95
VI. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen einer Betriebsprüfung für bestimmte Besteuerungszeiträume	
1. Allgemeines	96
2. Beschränkungen des Prüfungszeitraums aufgrund gesetzlicher Bestimmungen	97–101
a) Die Vorschriften des § 193 AO	97–99
b) Ablauf der Festsetzungsfrist	100
c) Beschränkung des Prüfungszeitraums durch § 173 Abs. 2 AO	101
3. Beschränkungen des Prüfungszeitraums aufgrund der Vorschriften des § 4 BpO	102–171
a) Allgemeines	102
b) Prüfungszeitraum bei Großbetrieben	103–111
c) Prüfungszeitraum bei anderen Betrieben	112–171
VII. Unzulässigkeit einer Betriebsprüfung hinsichtlich bestimmter Steuerarten oder Sachverhalte	
1. Allgemeines	172–173
2. Einschränkungen aufgrund gesetzlicher Vorschriften?	174–180
a) Die Vorschrift des § 193 Abs. 1 AO	174
b) Die Vorschrift des § 193 Abs. 2 Nr. 2 AO	175
c) Ablauf der Festsetzungsfrist	176

	Rdnrn.
d) Eingreifen der Änderungssperre des § 173 Abs. 2 AO	177–179
3. Einschränkungen aus anderen Gründen?	180
VIII. Anordnung einer Betriebsprüfung	
1. Allgemeines	181–184
2. Die Form der Prüfungsanordnung	185–187
3. Regelungsinhalt der Prüfungsanordnung	188–198
a) Allgemeines	188–189
b) Art der Betriebsprüfung	190
c) Sachlicher Umfang der Betriebsprüfung	191–195
aa) Allgemeines	191–192
bb) Steuerarten	193–195
d) Zeitlicher Umfang der Betriebsprüfung	196–198
4. Sonstiger Inhalt der Prüfungsanordnung	199–203
a) Hinweise auf die wesentlichen Rechte und Pflichten des Steuerpflichtigen	199
b) Mitteilung des voraussichtlichen Prüfungsbeginns	200
c) Mitteilung des Namens des Betriebsprüfers und eines Betriebsprüfungshelfers	201
d) Nebenbestimmungen	202–203
5. Begründung der Prüfungsanordnung	204–219
a) Allgemeines	204–205
b) Betriebsprüfung aufgrund des § 193 Abs. 1 AO	206–216
c) Betriebsprüfung aufgrund des § 193 Abs. 2 Nr. 2 AO	217–219
6. Rechtsbehelfsbelehrung	220–223
7. Adressat der Prüfungsanordnung	224–250
a) Allgemeines	224–228
b) Bezeichnung des Adressaten in Sonderfällen	229–250
aa) Fälle der Gesamtrechtsnachfolge	229–231
bb) Einzelrechtsnachfolge	232–234
cc) Formwechselnde Umwandlung	235
dd) Personengesellschaften	236–240
ee) Personengesellschaften in Liquidation	241
ff) Prüfungsanordnung gegen Eheleute	242–244
gg) Einbeziehung der Prüfung von Gesellschaftern in die Prüfung der Gesellschaft nach § 194 Abs. 2 AO	245
hh) Prüfungsanordnung in Konkursfällen	246
ii) Aufdecken einer Gesellschaft während der Betriebsprüfung	247–250

	Rdnrn.
8. Die Zuständigkeit zum Erlaß der Prüfungsanordnung	
a) Allgemeines	251
b) Sachliche Zuständigkeit	252–256
c) Örtliche Zuständigkeit	257
aa) Organschaft mit Ergebnisabführungsvertrag	258–261
bb) Organschaft ohne Ergebnisabführungsvertrag	262–263
9. Bekanntgabe der Prüfungsanordnung	
a) Allgemeines	264–265
b) Form der Bekanntgabe	266–269
c) Bekanntgabe in Sonderfällen	270–277
d) Bekanntgabe angemessener Zeit vor Beginn der Prüfung	278–283
IX. Verlegung des Beginns der Prüfung	284–292
X. Änderung des sachlichen und zeitlichen Umfangs einer angeordneten Betriebsprüfung	
1. Allgemeines	293
2. Änderung des sachlichen Umfangs der Betriebsprüfung	294–297
3. Erweiterung des zeitlichen Umfangs der Betriebsprüfung	298–300
XI. Ort der Betriebsprüfung	
1. Allgemeines	301
2. Prüfung in den Geschäftsräumen des Steuerpflichtigen	302–310
3. Die Prüfung in der Wohnung des Steuerpflichtigen	311–313
4. Die Prüfung an Arbeitsstelle	314–315
5. Die Prüfung im Büro des steuerlichen Beraters	316–319
6. Prüfung an einem anderen Ort	320
XII. Die Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen	
1. Allgemeines	321–357
a) Die Mitwirkungspflichten bei der Ermittlung von Sachverhalten im Inland	321–338
b) Die Mitwirkungspflichten bei der Ermittlung von Sachverhalten im Ausland	339–352
c) Grenzen der Mitwirkungspflicht bei grenzüberschreitenden Sachverhalten	353–357
2. Die Erteilung von Auskünften	
a) Allgemeines	358–362
b) Die Reihe der Auskunftspersonen	363
aa) Der Steuerpflichtige	363

	Rdnrn.
bb) Vom Steuerpflichtigen benannte Personen	364–372
cc) Andere Betriebsangehörige	373–385
3. Vorlage von Geschäftsunterlagen	
a) Allgemeines	386–395
b) Die Vorlage von Unterlagen im einzelnen	396–402
c) Die Vorlage von Unterlagen bei Anwendung neuer Techniken	403
aa) Mikrofilm-Grundsätze	404–405
bb) EDV-Buchführung	406
cc) Stichprobeninventur	407–410
4. Sonstige Mitwirkungspflichten	
a) Erläuterung vorgelegter Unterlagen	411–414
b) Übersetzungen	415–416
c) Arbeitsraum, Hilfsmittel	417
d) Betriebsbesichtigung	418–423
e) Die Augenscheinnahme	424
f) Die Eidesleistung	425
5. Verletzung der Mitwirkungspflicht/Beweislast	426–438
XIII. Auskunfts- und Vorlageverweigerungsrechte	
1. Allgemeines	439
2. Auskunftsverweigerungsrechte Dritter im Betriebsprüfungsverfahren	440–459
a) Auskunftsverweigerungsrecht der Angehörigen	440–445
b) Auskunftsverweigerungsrecht zum Schutz bestimmter Berufsgeheimnisse	446–452
c) Auskunftsverweigerungsrecht bei der Gefahr der Verfolgung einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit	453–455
d) Recht zur Verweigerung der Erstattung eines Gutachtens und der Vorlage von Urkunden	456–458
e) Verschwiegenheitspflicht öffentlicher Stellen und ihrer Bediensteten	459
3. Kein Aussageverweigerungsrecht des Beteiligten und der ihm gleichgestellten Personen	460–462
XIV. Die internationale Amtshilfe im Rahmen der Betriebsprüfung	
1. Allgemeines	463–467
2. Rechtsgrundlagen	468–473
a) Internationale Vereinbarungen	468–472
aa) Allgemeines	468
bb) Amts- und Rechtshilfeverträge	469

	Rdnrn.
cc) Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung	470
dd) Die EG-Amtshilferichtlinie	471
ee) Verhältnis der Regelungen zueinander	472
b) Nationales Recht	473
3. Umfang des zwischenstaatlichen Auskunftsverkehrs	474–479
a) Großer Auskunftsverkehr	474
b) Kleiner Auskunftsverkehr	475
c) Auskunftsverkehr aufgrund nationalen Rechts	476–477
d) Auskunftsverkehr mit mehreren Staaten	478–479
4. Auskunftersuchen an ausländische Steuerbehörden	480–486
a) Das Auskunftersuchen als Ermessensentscheidung	480–484
b) Die Übermittlung des Auskunftersuchens	485–486
5. Ausländische Auskunftersuchen an die deutschen Steuerbehörden	487–501
a) Zulässigkeit und Erledigung	487–492
b) Schutz der Beteiligten	493–501
6. Auskunftsverkehr ohne Einzellersuchen	502–504
a) Rechtsgrundlage für eine Spontanauskunft	505–509
b) Rechtsbehelfe gegen eine Spontanauskunft	510–511
XV. Durchführung von Betriebsprüfungen	
1. Allgemeines	512
2. Ausweispflicht des Betriebsprüfers	513–517
3. Festhalten des Prüfungsbeginns	518–524
4. Benennung von Auskunftspersonen	525–527
5. Prüfungsgrundsätze	528–542
a) Gegenstand der Prüfungstätigkeit	528–529
b) Prüfung zugunsten wie zuungunsten des Steuerpflichtigen	530–531
c) Beschränkung der Prüfungsdauer	532–533
d) Abstellung auf das Wesentliche	534–535
e) Gewährung rechtlichen Gehörs	536–542
6. Verfahren bei Verdacht einer Steuerstraftat oder einer Steuerordnungswidrigkeit	543–568
a) Unverzügliche Unterrichtung der zuständigen Stelle beim Verdacht einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit	543
aa) Verdacht einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit	544–546
bb) Zuständige Stelle	547
cc) Unverzügliche Unterrichtung	548–549
dd) Form der Unterrichtung	550
ee) Inhalt der Unterrichtung	551

	Rdnrn.
ff) Die zur Unterrichtung Verpflichteten	552
b) Fortsetzung der Ermittlungen im Rahmen der Betriebsprüfung	553–568
aa) Verdacht gegen andere Personen	553
bb) Verdacht gegen den Steuerpflichtigen	554–557
cc) Keine Einleitung durch die Straf- und Bußgeldsachenstelle	558–560
dd) Verzicht auf die Einleitung eines Bußgeldverfahrens nach § 47 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten	561–563
ee) Bekanntgabe der Einleitung	564–567
ff) Belehrung nach § 393 Abs. 1 AO	568
7. Verfahren bei möglicherweise noch durchzuführendem Straf- oder Bußgeldverfahren	569–574
XVI. Rationalisierungsmaßnahmen bei Durchführung einer angeordneten Betriebsprüfung	
1. Allgemeines	575–580
2. Auswahl der Prüfungsschwerpunkte bei der Prüfung von Mittel-, Klein- und Kleinstbetrieben	581–584
3. Auswahl der Prüfungsschwerpunkte bei der Prüfung von Großbetrieben und Konzernen	585–588
4. Sonstige Rationalisierungsmaßnahmen	589–591
a) Ermittlung von abweichenden Bilanzwerten nur für die echte Bilanz	589
b) Bildung von Sammelposten	590
c) Übergabe eines Prüfungskonzepts	591
XVII. Bankenerlaß	
1. Einführung	592
2. Rechtsnatur, Bedeutung und Beurteilung des Bankenerlasses	592–598
a) Rechtsnatur des Bankenerlasses	593–596
b) Bedeutung des Bankenerlasses	597
c) Beurteilung des Bankenerlasses	598
3. Zur Anwendung des Bankenerlasses im einzelnen	599–607
a) Ausgehen von der Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben in der Steuererklärung (Nr. 1 Satz 2)	599–601
b) Kontenüberwachung (Nr. 2)	602–603
c) Kontrollmitteilungen (Nr. 3)	604–605
d) Einzelauskunftersuchen (Nr. 5)	606
e) Auskunftersuchen und Steuerfahndung (Nr. 6)	607
4. Postscheck und Postsparkassengeheimnis	608

	Rdnrn.
XVIII. Besondere Prüfungshandlungen	
1. Fertigung von Kontrollmitteilungen	609–629
a) Allgemeines	609–613
b) Voraussetzungen für die Fertigung von Kontrollmitteilungen	614–618
c) Umfang der Fertigung von Kontrollmitteilungen	619–620
d) Beschränkung des Rechts zur Fertigung von Kontrollmitteilungen	
aa) Keine Kontrollmitteilungen, soweit dem Steuerpflichtigen ein Auskunftsverweigerungsrecht nach § 102 AO zusteht	621–622
bb) Keine Kontrollmitteilungen über Guthabenkonto und Depots bei Kreditinstituten	623
cc) Keine sonstigen Beschränkungen	624–627
e) Adressat der gefertigten Kontrollmitteilungen	628
f) Zeitpunkt der Übersendung gefertigter Kontrollmitteilungen	629
2. Auswertung von Kontrollmitteilungen	630–632
XIX. Verfahren nach Abschluß der Ermittlungen	
1. Allgemeines	633–634
2. Anhörung des Steuerpflichtigen	635–636
3. Durchführung einer Schlußbesprechung	637–642
4. Anspruch auf Erstellung des Prüfungsberichts	643–668
a) Allgemeines	643–650
b) Form des Prüfungsberichts	651
c) Mindestanforderungen an den Inhalt des Prüfungsberichts	
aa) Die Vorschrift des § 202 Abs. 1 Satz 2 AO	652
bb) Die Vorschrift des § 202 Abs. 1 Satz 3 AO	653–656
cc) Die Vorschrift des § 203 AO	657
d) Zur inhaltlichen Abfassung des Prüfungsberichts	658–664
e) Zulässigkeit von Zusatzberichten	665–668
5. Anspruch auf Vorwegzusendung des Prüfungsberichts	669–673
XX. Abgekürzte Außenprüfung	
1. Allgemeines	674–675
2. Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer abgekürzten Außenprüfung	676–677
3. Rechtsfragen einer abgekürzten Außenprüfung	678–683
a) Beschränkung des Umfangs der Prüfung	678–680

	Rdnrn.
b) Kein Anspruch auf Durchführung einer Schlußbesprechung	681–682
c) Kein Anspruch auf Übersendung des Prüfungsberichts von seiner Auswertung	683
4. Ausübung des eingeräumten Ermessens	684–688
XXI. Verbindliche Zusagen aufgrund einer Außenprüfung	
1. Allgemeines	689–691
2. Voraussetzungen einer verbindlichen Zusage nach § 204 AO	692–702
a) Für die Vergangenheit geprüfter Sachverhalt	692–694
b) Im Prüfungsbericht dargestellter Sachverhalt	695
c) Antragstellung	696–698
d) Bedeutung für die geschäftlichen Maßnahmen des Steuerpflichtigen	699–701
e) Zusage im Anschluß an eine Außenprüfung	702
3. Ermessensausübung	703–709
4. Form der verbindlichen Zusage	710–712
5. Bindungswirkung (§ 206 AO)	713–714
6. Außerkrafttreten, Aufhebung und Änderung der verbindlichen Zusage	715–716
XXII. Außergerichtliche Rechtsbehelfe im Zusammenhang mit einer Betriebsprüfung	
1. Allgemeiner Überblick	717–718
2. Nichtförmliche Rechtsbehelfe	719–726
a) Allgemeines	719
b) Gegenvorstellung	720
c) Dienstaufsichtsbeschwerde	721–725
d) Maßnahmen, gegen die lediglich ein nichtförmlicher Rechtsbehelf gegeben ist	726
3. Förmliche Rechtsbehelfe	727–750
a) Allgemeines	727–729
b) Maßnahmen, gegen die ein förmlicher Rechtsbehelf gegeben ist	730–731
c) Form der Beschwerde	732
d) Beschwerdefrist	733–736
e) Verwirkung des Beschwerderechts	737
f) Rechtsschutzbedürfnis	738–740
g) Für die Entscheidung zuständige Finanzbehörden	741–743
h) Heilbarkeit von Mängeln	744–745

	Rdnrn.
i) Aussetzung der Vollziehung	746–750
aa) Allgemeines	746
bb) Aussetzungsantrag und Ablaufhemmung gem. § 171 Abs. 4 AO	747–750
XXIII. Gerichtliche Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen einer Betriebsprüfung	
1. Allgemeiner Überblick	751–753
2. Gemeinsame Zulässigkeitsvoraussetzungen für Anfechtungs-, Verpflichtungs- und sonstige Leistungsklagen	754
3. Anfechtungsklage	755–757
a) Allgemeines	755
b) Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen	756–757
4. Leistungsklagen	758–762
a) Verpflichtungsklage	758–760
b) Sonstige Leistungsklage	761–762
5. Feststellungsklage	763–772
a) Allgemeines	763–766
b) Vorverfahren nicht erforderlich	767
c) Besonderes Feststellungsinteresse	768
d) Subsidiarität der Feststellungsklage	769–770
e) Rücknahme des angegriffenen Verwaltungsaktes	771–772
6. Fortsetzungsfeststellungsklage	773–779
a) Allgemeines	773–775
b) Vorverfahren	776–777
c) Feststellungsinteresse	778–779
7. Verwirkung des Klagerechts	780
8. Vorläufiger Rechtsschutz	781–789
a) Aussetzung der Vollziehung	781–783
b) Einstweilige Anordnung	784–789
XXIV. Verwertungsverbote für Feststellungen im Rahmen einer Betriebsprüfung	
1. Allgemeines	790–792
2. Übersicht über die bisherige Rechtsprechung	793–798
3. Zur Anwendung der BFH-Rechtsprechung in der Praxis	799–809
a) Allgemeines	799
b) Unmittelbares Verwertungsverbot	800–803
c) Mittelbares Verwertungsverbot	804–805
d) Wiederholungsprüfung	806

Inhaltsverzeichnis

IXX

	Rdnrn.
aa) Überblick über die verschiedenen Auffassungen	807
bb) Eigene Auffassung	808
cc) Ausschluß der Wiederholbarkeit nach Ablauf der Festsetzungsfrist	809
	Seite
Literaturverzeichnis	207
Stichwortverzeichnis	211